

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	9
KAPITEL I KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN	11
<i>Eckhard Jesse und Tom Mannewitz</i>	
KAPITEL II GRUNDLAGEN	23
<i>Eckhard Jesse</i>	
KAPITEL III DEMOKRATISCHER VERFASSUNGSSTAAT ALS WIDERPART DES EXTREMISMUS	59
<i>Birgit Enzmann</i>	
KAPITEL IV EXTREMISTISCHE IDEOLOGIEN	99
<i>Uwe Backes</i>	
KAPITEL V EXTREMISTISCHE EINSTELLUNGEN UND EMPIRISCHE BEFUNDE	161
<i>Viola Neu und Sabine Pokorny</i>	
KAPITEL VI URSACHEN FÜR POLITISCHEN EXTREMISMUS	205
<i>Lazaros Miliopoulos</i>	
KAPITEL VII ERFOLGS- UND MISSEFOLGSBEDINGUNGEN EXTREMISTISCHER PARTEIEN	245
<i>Tom Mannewitz</i>	
KAPITEL VIII RECHTSEXTREMISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	303
<i>Armin Pfahl-Traughber</i>	
KAPITEL IX LINKSEXTREMISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	339
<i>Jürgen P. Lang</i>	

Inhaltsverzeichnis

KAPITEL X	ISLAMISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	389
	<i>Thorsten Hasche</i>	
KAPITEL XI	LINKS- UND RECHTSTERRORISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	427
	<i>Alexander Straßner</i>	
KAPITEL XII	EXTREMISMUS IN WEST- UND OSTEUEROPÄISCHEN DEMOKRATIEN	473
	<i>Tom Thieme</i>	
KAPITEL XIII	SYSTEMTRANSFORMATION UND EXTREMISMUS	513
	<i>Rolf Frankenberger</i>	
KAPITEL XIV	POLITISCHER EXTREMISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK ...	547
	<i>Jürgen W. Falter</i>	
KAPITEL XV	RECHTSEXTREMISMUS AN DER MACHT – DER NATIONALSOZIALISMUS	591
	<i>Bernd Jürgen Wendt</i>	
KAPITEL XVI	LINKSEXTREMISMUS AN DER MACHT – DER KOMMUNISMUS	619
	<i>Stéphane Courtois</i>	
	Literaturverzeichnis	639
	Personenverzeichnis	661
	Autorenverzeichnis	671

KAPITEL I

KONZEPTIONELLE ÜBERLEGUNGEN

Eckhard Jesse und Tom Mannewitz

1 Gegenstand

Das „Zeitalter der Extreme“¹ ist vorbei – und ist es doch nicht. Den Terminus verlieh der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm vor über zwei Jahrzehnten an das an Extremen wahrlich nicht arme 20. Jahrhundert. Allerdings wurde bei ihm „Extremismus“ anders verstanden. Für den Marxisten Hobsbawm ist Extremismus nicht im Sinn einer Antithese des demokratischen Verfassungsstaates zu verstehen. Er sieht den zentralen Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wobei seine Sympathien dem Sozialismus gehören, ungeachtet der von ihm nicht geleugneten Verheerungen durch die Politik Stalins. Der Zusammenbruch des Sowjetsozialismus ist für ihn „nur Teil einer universalen oder globalen Krise“.² Im Laufe der 1970er Jahre propagierten kapitalistische Staaten „Radikallösungen“. „Die Extremisten des Laissez-faire waren aber auch nicht erfolgreicher als andere. In den achtziger und frühen neunziger Jahren wurde die kapitalistische Welt von Problemen erschüttert, die es bislang nur in den Zwischenkriegsjahren gegeben und von denen man angenommen hatte, dass sie vom Goldenen Zeitalter endgültig überwunden worden wären: Massenarbeitslosigkeit, bedrohliche zyklische Konjunkturkrisen, spektakuläre Konfrontationen von Obdachlosigkeit und luxuriösem Überfluss, von begrenzten Staatseinnahmen und grenzenlosen Staatsausgaben. Die erlahmenden und verwundbaren Wirtschaften der sozialistischen Staaten wurden zu einem ebensolchen, wenn nicht sogar noch radikaleren Bruch mit ihrer Vergangenheit getrieben und begannen, wie wir heute wissen, auf ihren Zusammenbruch zuzusteuern.“³ Während der Historiker Hobsbawm die Wirklichkeit im „Westen“ perhorreszierte, idealisierte sie der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit seiner Furore machenden und von teleologischen Prämissen nicht freien These vom „Ende der Geschichte“⁴. Die liberale Demokratie habe ein für allemal gesiegt. Kurze Zeit später musste er sich durch das Aufkommen des Islamismus eines Besseren belehren lassen.

Eingeleitet wurde das „kurze Jahrhundert“ vom Ersten Weltkrieg im August 1914, es fand sein Ende durch die Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991.⁵ Wie kann von einem abgeschlossenen „Zeitalter der Extreme“ und einem „Ende der Geschichte“ die Rede sein, wenn

1 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995.

2 Ebd., S. 23.

3 Ebd., S. 24.

4 Vgl. Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

5 Vgl. Ian Kershaw, *Höllentanz. Europa 1914 bis 1949*, München 2016; der zweite Band will die Zeit von 1949 bis zur Gegenwart behandeln. Für Ernst Nolte ist hingegen 1917 – nicht 1914 – das Schlüsseljahr durch den Sieg des Bolschewismus. Vgl. ders., *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, 5. Aufl., Berlin 1997.

seit einigen Jahren die Zahl der politischen Systeme mit „Mitte und Maß“ – konstitutionelle Demokratien nämlich – stagniert, während Autokraten unterschiedlichster Couleur in vielen Staaten die Zügel übernehmen und fest im Sattel sitzen (z. B. in Russland, Türkei, Venezuela), wenn der globale islamistische Terrorismus die internationale Sicherheitsagenda bestimmt, wenn der Zulauf zu links- und rechtsextremistischen Milieus (in Deutschland) seit Jahren nicht abreißt, wenn Europa Zeuge eines – in einigen Regionen vehementen (etwa in Frankreich, Polen, Österreich, Ungarn) – Rechtsrucks wird und wenn zugleich der Ruf nach mehr demokratischer Mitbestimmung in vielen Gesellschaften immer lauter ertönt?

Das Ende des „Endes der Geschichte“ ist längst nicht eingetreten und das „Zeitalter der Extreme“ keineswegs vorbei – beides hat nur einen Wandel erfahren, und zwar zuvorderst an der antidemokratischen Front. Unterschiedliche Kräfte sagten und sagen dem demokratischen Verfassungsstaat den Kampf an, sei es in militanter Form, sei es in populistischer. Wer nicht einem historizistischen Glauben huldigt, weiß keineswegs, wie der weitere Gang der Geschichte verläuft.

Erstens betrat vor geraumer Zeit der Islamismus erneut die politische Bühne – mit der Islamischen Revolution 1978/79 unter ihrem Führer Ajatollah Ruhollah Chomeini einerseits sowie der djihadistischen Blütezeit infolge des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan in den 1980er Jahren andererseits. Die Terrorakte von Al-Qaida und des Islamischen Staates sind die jüngsten Auswüchse dieser Form des Extremismus, ganz zu schweigen von dem barbarischen „Staatsbildungsprojekt“ des IS in Syrien und im Irak.⁶ Wohl kein (in politischer Hinsicht) islamisches Land ist ein demokratischer Verfassungsstaat. Kritiker sehen den Islamismus als einen „neuen Totalitarismus“⁷ an.

Zweitens hat der Rechtsextremismus einen Formwandel durchlaufen und in einigen Teilen Europas unlängst Bodengewinne verzeichnet. Über Jahrzehnte fristeten rassistische wie nationalistische Ungleichwertigkeitsideologien infolge der nationalsozialistischen und faschistischen Schreckensherrschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein marginalisiertes Dasein in den politischen Systemen des europäischen Kontinents.⁸ Zugleich konnten sich an vielen Stellen (organisatorische bzw. ideelle) Nachfolgeorganisationen halten – darunter der Front National in Frankreich, der Vlaams Belang (bis 2004 Vlaams Blok) in Belgien und die Fiamma Tricolore als Abspaltung des italienischen MSI. Sie – ebenso andere Vertreter des rechten Randes (nicht nur Rechtsextremisten) – meldeten sich überdies bei den jüngeren nationalen, regionalen, kommunalen und EU-Wahlen zurück. So schaffte es der Front National im Jahre 2017 – mit seiner Spitzenkandidatin Marine Le Pen – bereits zum zweiten Mal in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen. Für ähnliche Nervosität sorgten Norbert Hofer (FPÖ) in Österreich, Geert Wilders' Partei PVV bei den niederländischen und die PiS unter Beata Szydło bei den polnischen Nationalwahlen. Daneben gründeten sich unlängst neue, rechtsextreme Formationen, wie die ungarische Partei Jobbik im Jahre 2003. Die an das Erbe der Pfeilkreuzler anknüpfende, paramilitärische Formation sitzt im ungarischen wie im europäischen Parlament.

6 Volker Perthes, „Das ist ein Staatsbildungsprojekt“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 31. August 2014.

7 So Bassam Tibi, Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit, Darmstadt 2004.

8 Vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung, München 2014.

Eng verbunden mit diesen – regional begrenzten – Erfolgen rechtsextremer Formationen ist ein Formwandel am rechten Rand der nationalen Parteiensysteme. Versuche, an historische Traditionen des Rechtsextremismus anzuknüpfen, waren in den vergangenen Jahrzehnten ohnehin meist zum Scheitern verurteilt. Es handelt sich um eine Misserfolgsformel. All dies mag zu einem Bedeutungsverlust des „harten Rechtsextremismus“⁹ beigetragen haben. Das Streben nach einer Diktatur, das Klammern an eine der historischen Großideologien, die rigorose Ablehnung der Demokratie, die unumwundene Kooperation mit gewaltbereiten Kräften und die Duldung starker extremistischer Zentren innerhalb einer Partei sind Merkmale, die viele Wähler abschrecken. Wohl auch deshalb dürfte der nicht-extremistische Rechtspopulismus den nicht-populistischen Rechtsextremismus in seiner Bedeutung für die nationalen politischen Systeme abgelöst haben. Dadurch ist der „harte“ rechte Extremismus zwar geschwächt, ohne dass damit aber in jedem Fall eine klare Abgrenzung von *allen* antidemokratischen Positionen einherging.

Drittens hat der orthodoxe Kommunismus mit seinen Millionen von Toten als dominierende Ideologie des Linksextremismus ausgedient. Die ökonomische Leistungsschwäche und die politischen Limitierungen, die während und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs offenkundig wurden (Öffnung der Archive, Gründung von Opferverbänden und Forschungsverbänden), diskreditierten diese Ideologie des 19. und 20. Jahrhunderts.¹⁰ Überdies passten demokratischer Zentralismus und Klassenkampfrhetorik, „Diktatur des Proletariats“ und orthodoxer Marxismus kaum mehr zu den Bedürfnissen einer von Globalisierung, Lohndumping und Finanzkrisen gebeutelten Klientel – zumindest im Westen Europas. Hier traten Parteien der „Neuen Linken“ – inhaltlich pragmatische, strategisch flexible und organisatorisch dynamische Sammlungsparteien links der Sozialdemokratie, die Antirassismus mit Altermondialismus und „Neoliberalismus“-Kritik verbinden – an die Stelle der „alten linken“ Parteien. Im Osten hingegen gehören die „Orthodoxen“ nach wie vor zu den erfolgreichereren Kräften.

Diese Entwicklung an den Rändern hat zum einen jüngst Heinrich August Winkler, den Chronisten der „Geschichte des Westens“¹¹, dazu veranlasst, die Schwächen „des“ Westens mit seiner Akzeptanz der Menschenrechte, der Gewaltenteilung und repräsentativen Demokratie ungeschönt bloßzulegen; zum andern motivierten ihn die Herausforderungen von außen dazu, die Krise des Westens nachdrücklich zur Sprache zu bringen.¹² Voller Leidenschaft verfiert er die westliche Wertegemeinschaft: „Allein auf sich gestellt kann kein Mitgliedstaat der Europäischen Union sich im Zeitalter der Globalisierung behaupten. Wenn sie ihre Kräfte bündeln, verbessern die Staaten des alten Kontinents aber nicht nur ihre wirtschaftliche und politische Position gegenüber internationalen Akteuren, die sich an autoritären Ordnungsvorstellungen orientieren. Sie verstärken auch die innere Selbstbehauptungskraft der freiheitlichen, pluralistischen, gewaltenteiligen, die Menschen- und Bürgerrechte achtenden Demokratie – *die* Regie-

9 Vgl. Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: dies. (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 11–32, hier S. 17–20.

10 Vgl. Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné/Andrzej Paczkowski/Karel Bartosek/Jean-Louis Margolin, Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 1998; François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.

11 Vgl. Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, 4 Bde., München 2009–2015.

12 Vgl. ders., Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika, München 2017.

rungsform, die es gegenüber den Populisten aller Schattierungen zu verteidigen gilt, weil sie die wertvollste Errungenschaft der beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789, ist. Der globale Westen [...] hat den Höhepunkt seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Weltgeltung hinter sich. Ob sein normatives Projekt seine weltweite Ausstrahlung bewahren kann, hängt vor allem vom Westen selbst ab.“¹³

2 Sinn und Ziel

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hat die von Jürgen Habermas 1985 konstatierte „Neue Unübersichtlichkeit“¹⁴ gleichfalls an den Rändern des politischen Spektrums Einzug gehalten. Linksextremismus ist nicht mehr gleichbedeutend mit Anarchismus/Kommunismus, Rechtsextremismus nicht mehr gleichbedeutend mit Nationalsozialismus/Faschismus. Und was das „Dritte im Bunde“ angeht, so scheiden sich die Geister, ob der Islamismus die einzigen relevanten Extremismen religiöser Provenienz stellt. Zu nennen sind etwa jüdische (Israel) und evangelikale (USA) Fundamentalisten. Allerdings dürfte der islamistische Fundamentalismus die härteste Form sein.

„Der“ politische Extremismus hat sich in seiner Reaktion auf die politischen (Bedrohung durch internationalen Terrorismus, EU-Legitimitätsdefizit und -verkleinerung), gesellschaftlichen (Individualisierung, globale Migrationsströme) und ökonomischen (Sozialstaatsausbau bei zugleich steigender Globalisierung, erhöhtem Konkurrenzdruck und Wirtschaftskrisen) Umwälzungen der letzten Jahrzehnte nicht nur ideologisch ausdifferenziert (am linken Rand etwa durch das Auftreten der „Post-Autonomien“), sondern auch die Grenzen zwischen Demokratie und Extremismus zunehmend verwischt: Es sind weniger die „klassischen“ Extremismen totalitärer Façon, durch die sich die Werte, Prinzipien und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates heute herausgefordert sehen, sondern vor allem jene Phänomene im „Graubereich“, deren systemische Analogien die Autokratieforschung seit geraumer Zeit als „Demokratie mit Adjektiven“¹⁵, als „hybride“¹⁶ oder als „autoritäre Subtypen“ (wie electoral authoritarianism¹⁷ und competitive authoritarianism¹⁸) bezeichnet.¹⁹

Vor diesem Hintergrund will das Handbuch Orientierung und Übersichtlichkeit dort liefern, wo zuletzt Konfusion dominierte. Nun geht die unvermeidliche „Reduktion von Komplexität“ (Niklas Luhmann) mit Informationsverlust einher: Themen fehlen, die Schwerpunkte mögen

13 Ebd., S. 421 (Hervorhebung im Original).

14 Jürgen Habermas, *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt a. M. 1985.

15 Siehe exemplarisch David Collier/Steven Levitsky, *Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research*, in: *World Politics* 49 (1997), S. 430–451; Wolfgang Merkel, *Embedded and Defective Democracies*, in: *Democratization* 11 (2004), H. 5, S. 33–58.

16 Siehe Larry J. Diamond, *Elections without Democracy. Thinking about Hybrid Regimes*, in: *Journal of Democracy* 13 (2002), H. 2, S. 21–35.

17 Vgl. Andreas Schedler, *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006.

18 Vgl. Steven Levitsky/Lucan A. Way, *The Rise of Competitive Authoritarianism*, in: *Journal of Democracy* 13 (2002), H. 2, S. 51–66.

19 Siehe generell Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen 2002.

einen wichtigen Aspekt aussparen, dafür aber einen anderen überbetonen, eine wissenschaftliche Position kommt nicht zu Wort, Kritik wird überdehnt. All dies liegt in der Natur der Sache. Wer ein Handbuch zu verfassen gedenkt, ist sich über die Selektivität der Themenauswahl bewusst. Diese bedeutet stets Wertung. Damit wird einzelnen Positionen Unrecht getan. In der *Auswahl* der Teilgebiete der Extremismusforschung haben sich die Herausgeber, in der *Darstellung* der Teilgebiete der Extremismusforschung die Autoren gleichwohl Mühe gegeben, trotz des Zwangs zu Kondensation und Selektion nichts Wesentliches auszuspüren. Gemeinsames Ziel: dem Äquidistanzgebot Rechnung zu tragen.

Was als wesentlich gilt, hängt freilich von der eigenen wissenschaftlichen Position ab. Es ist kein Geheimnis: Die Autoren wissen sich in der impliziten oder expliziten Akzeptanz des normativen Extremismuskonzeptes (nicht: „-theorie“) einig. Verbunden ist damit nicht mehr und nicht weniger als die Einigung auf eine Definition. Das bedeutet keineswegs, unterschiedliche Positionen zu glätten. Es gibt keine „richtige“ oder „falsche“ Vorstellung davon, was Extremismus ist. Abseits einer etymologischen Begriffsbestimmung²⁰, die zwar zur Analyse der Wortherkunft wichtig sein mag, aber wenig zu einer Definition beiträgt, ist Extremismus eine „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen“²¹. „Extremismus“ hat – in definitorischer Hinsicht – nichts mit einer (maximalen) Abweichung von „Normalität“ zu tun, nichts mit einer Diskreditierung von „Minderheit“. Der Extremismusbegriff delegitimiert keineswegs „kritische“ Positionen. Auch radikale Forderungen – sei es von rechts, sei es von links, sei es aus fundamentalistischer Sicht – gelten nicht per se als ablehnungswürdig, solange sie den Boden von Verfassungsstaatlichkeit, Volkssouveränität, Pluralismus und grundlegenden Menschenrechten nicht verlassen.

Des Weiteren verliert der Begriff über die relevanten ideologischen Facetten, denkstrukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede, variierende politische Ziele, Mittel, Erfolgsbedingungen, Charaktere, Einflussmöglichkeiten und Ursachen noch kein Wort. Es handelt sich um einen Begriff – keine Theorie – für ein empirisches Phänomen, das aufgrund seiner unversöhnlichen Frontstellung gegenüber in weiten Teilen der Welt für segensreich gehaltenen politischen Institutionen und Verfahrensregeln eine terminologische Klammer verdient.

Das normative Extremismuskonzept erklärt für sich genommen noch nichts – das leisten andere Konzepte (wie „Demokratie“, „Globalisierung“, „Toleranz“ etc.) allerdings auch nicht. Insofern kommt bei einer solchen Kritik ein unfairer Maßstab zur Anwendung. Zudem setzt die zugehörige Forschung, die empirische Phänomene als extremistisch klassifiziert, diese nicht gleich – nicht mit Blick auf die Ursachen, nicht mit Blick auf die Folgen, nicht mit Blick auf die Wünschbarkeit. Sie behauptet nur, diese Phänomene teilen die eine Gemeinsamkeit, mit einzelnen (oder allen) Institutionen konstitutioneller Demokratie nicht vereinbar zu sein. Dieser Band vermeidet eine Fixierung auf eine bestimmte Form des Extremismus.

20 Vgl. Uwe Backes, *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2006.

21 Ders./Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Aufl., Bonn 1996, S. 45.

3 Aufbau und Autoren

Vor dem Hintergrund mannigfaltiger Unklarheiten, begrifflicher Verwirrung, gewollter und zufälliger Missverständnisse beim wissenschaftlichen, politischen, administrativen und gesellschaftlichen Gebrauch des Extremismusbegriffs erscheint ein konzeptionelles Kapitel unbindig. Eckhard Jesse (TU Chemnitz), der sich häufig der Extremismusthematik in ihren verschiedenen Facetten angenommen hat²², wird darum nicht nur auf die Begriffsgeschichte von „Extremismus“ eingehen, die in der aristotelischen Mesoteslehre wurzelt, sondern auch auf das begriffliche Wechselverhältnis von Extremismus und konstitutioneller Demokratie. Angesprochen ist damit die gegenseitige Bezugnahme der Begriffe, angesprochen sind aber auch die unterschiedlichen Schutzmechanismen, welche sich die Demokratien der Welt im Laufe der Zeit zugelegt haben (oder eben nicht), um der Bedrohung durch systemilloyale Kräfte einen Riegel vorzuschieben („wehrhafte Demokratie“/„militant democracy“). Zugleich: Ein solches Kapitel kommt ohne eine ausführliche Begriffskritik und Gegenkritik nicht aus: Was bedeutet „Extremismus“? Warum sollte der Begriff anstatt anderer Etiketten verwendet, warum nach Meinung der Begriffsgegner der Terminus durch einen anderen ersetzt werden? Und: durch welchen? Welche Unwägbarkeiten bringen alternative Konzepte wie Fundamentalismus und Populismus mit sich? Was ist mit Totalitarismus und Autoritarismus gemeint? Auf all jene Fragen will Kapitel II („Grundlagen“) eine Antwort geben. Eine Kernthese lautet, dass die Politikwissenschaft ohne den vielgescholtenen Begriff des Extremismus nicht auskommt.

Birgit Enzmann von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt geht auf den demokratischen Verfassungsstaat als Widerpart des politischen Extremismus näher ein. In vielen anderen Ländern Europas gedieh die konstitutionelle Demokratie auf den Trümmern der alten Feudal- und Ständeordnung. Den „Markenkern“ des demokratischen Verfassungsstaates sieht die Autorin – in Abwandlung, nicht im Gegensatz zu Karl Loewenstein, der die Gewaltenteilung als zentrales Merkmal identifizierte – im „Verfassungsvorrang“. Gemeint ist damit, die Verfassung als „higher law“ verpflichte die Staatsgewalt nicht nur moralisch, sondern auch als positives Recht. Enzmann, die aus ihrem großen Fundus schöpft²³, zeichnet überdies nicht nur die historische Genese der drei prototypischen Verfassungsstaaten – England, USA, Frankreich – und Deutschlands nach, sondern wagt auch einen Blick in die Zukunft: Neben dem „Evergreen“ (Freiheit versus Sicherheit) zeichne sich der Konflikt zwischen Verfassungsvorrang und Volkssouveränität, wie er am deutlichsten bei der Volksgesetzgebung zum Ausdruck kommt, als bleibende Herausforderung ab; ganz abgesehen von der Unterwanderung formaler demokratisch-konstitutioneller Institutionen durch eine Reihe informeller Praktiken, die unlängst bei einigen re-autokratisierten Staaten beobachtet werden konnten: Kauf von Medienunternehmen durch Strohmänner, Besetzung wirtschaftlicher, juristischer und sicherheitsrelevanter Entscheidungspositionen mit Vertrauten, Infiltration zivilgesellschaftlicher Organisationen, subtile Ein-

22 Vgl. zuletzt Eckhard Jesse (Hrsg.), *Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus*, Baden-Baden 2015.

23 Vgl. Birgit Enzmann, *Der Demokratische Verfassungsstaat. Entstehung, Elemente, Herausforderungen*, Wiesbaden 2012.

schüchterung von Journalisten und Oppositionspolitikern, Ausdehnung exekutiver Kompetenzen.

Vor diesem Hintergrund tut genaue Kenntnis der antidemokratischen Ideologien Not. In dieser Hinsicht schafft der Beitrag des Dresdener Politikwissenschaftlers Uwe Backes Abhilfe. Der einschlägig ausgewiesene Autor²⁴ kapriziert sich nicht auf die holzschnittartige Trennung von Nationalsozialismus/Faschismus, Anarchismus, Kommunismus und Islamismus. Vielmehr kommt eine Vielzahl weiterer ideologischer Schattierungen und hierzulande weniger bekannter Phänomene zur Sprache: etwa der hinduistische Nationalismus (Indien), der jüdische Fundamentalismus (Israel) und die Tierrechtsbewegung (Großbritannien). Backes trägt somit zu einer Perspektivweitung der in Deutschland wurzelnden normativen Extremismusforschung für globale Phänomene bei. Zugleich führt der Beitrag die Relevanz der Ideologie beim Verständnis der politischen Extremismen in Vergangenheit und Gegenwart vor Augen. Wiewohl die verschiedenen Forschungskonjunkturen der Ideologie mal mehr, mal weniger Platz einräumen, veranschaulicht der Beitrag die lange, polymorphe Tradition (u. a. religionspolitologische, erkenntniskritische, sprachkritische, entwicklungspsychologische, konzeptmorphologische Zugänge), die auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat und zum Verständnis etwa politisch motivierter Gewalt ins Gedächtnis zu rufen ist.

Die in Backes' Kapitel offenkundig werdende Vielgestaltigkeit „des“ politischen Extremismus erklärt einen Teil der Schwierigkeiten bei der Messung zugehöriger Einstellungen, denen der Beitrag von Viola Neu und Sabine Pokorny, zwei bei der Konrad-Adenauer-Stiftung angestellten Extremismus- und Wahlforscherinnen²⁵, gewidmet ist. Während eine Expertenkonferenz sich im Jahr 2001 auf eine sechsdimensionale Konvention zur Messung rechtsextremer Einstellungen (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) einigte, die – trotz problematischer Items und von Studie zu Studie schwankenden Cutoff-Points – noch heute Anwendung findet, blieben ähnlich ambitionierte Bemühungen beim Islamismus und Linksextremismus aus. Für andere Extremismusvarianten fehlt es fast gänzlich an Einstellungsskalen. Was die Empirie angeht, fallen die Befunde ernüchternd aus – nicht so sehr wegen der Höhe der Zustimmung zu antidemokratischen Aussagen (das mag jeder selbst beurteilen), sondern wegen der mangelnden Vergleichbarkeit der Studien: Variierende Items, Schwellenwerte, Grundgesamtheiten, Stichproben und Erhebungsverfahren machen es geradezu unmöglich, das gesellschaftliche Gefährdungspotential von linkem, rechtem und islamistischem Extremismus ins Verhältnis zueinander zu setzen; ganz zu schweigen von der bisweilen dünnen empirischen Decke, auf denen einige der Befunde ruhen. Der Beitrag kartografiert mithin ein Terrain mit einer großen Zahl gut beleuchteter Plätze (Rechtsextremismus) und vielen unbekanntenen Flecken (Linksextremismus und Islamismus). Offenkundig macht die Wissenschaft weithin einen Bogen um linksextremistische Einstellungspotentiale.

24 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; ders. (Anm. 20).

25 Vgl. Viola Neu, Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004; Sabine Pokorny, Regionale Kontexteinflüsse auf extremistisches Wählerverhalten in Deutschland, Wiesbaden 2012.

Die in Teilen auf die „Explorationsverweigerung“ des Feldes zurückzuführende miserable Datenlage bei der Erfassung extremistischer Einstellungen ist überdies ein Grund für die – schier unüberblickbare – Flut an – teils widersprüchlichen – Befunden zu den Ursachen extremistischer Einstellungen und Handlungen, wie Lazaros Miliopoulos von der Universität Bonn in seinem Beitrag aufzeigt. Zumal beim Linksextremismus gibt es kaum größere belastbare Studien. Hinzu kommt die Buntscheckigkeit des Explanandums: Sollen extremistische Einstellungen, Wahlentscheidungen zugunsten einer extremistischen Partei, politisch motivierte Straftaten, terroristische Gewaltakte oder Milieuzugehörigkeiten ergründet werden? Die Antworten determinieren die Ursachensuche. Diese komplexe Gemengelage spiegelt sich in dem Beitrag nur bedingt wider, gelingt es ihm doch, für Klarheit zu sorgen, indem er widersprüchliche Befunde zusammenführt. Trotz der Unterschiede im Detail: Wenn der Politikwissenschaftler, der regelmäßig zum politischen Extremismus publiziert²⁶, etwas verdeutlicht, dann ist es die Interaktion von Persönlichkeitsmerkmalen, frühkindlicher Sozialisation, Deprivations- und Unsicherheitserfahrungen, gruppensoziologischen Gelegenheitsfenstern, staatlichem Handeln, ideologischen Angeboten und kulturellen Frames, die wie Zahnräder ineinandergreifen, um Extremisten zu „produzieren“. Was Miliopoulos angesichts der vielen offenen Fragen fordert, ist ein Mehr an Interdisziplinarität, Komparatistik und typologischer Differenzierung.

Zumal mit Blick auf die heterogene Parteienlandschaft und die höchst unterschiedlichen Wahlergebnisse links- wie rechtsextremer Parteien (in Europa und darüber hinaus) stellt sich Tom Mannewitz (TU Chemnitz) die Frage nach den Erfolgs- und Misserfolgsursachen. Sie ist nicht identisch mit der Frage nach den Gründen für die individuelle Wahlentscheidung zugunsten einer antidemokratischen Partei, überschneidet sich aber mit ihr: Wer wissen will, unter welchen Bedingungen die Parteien reüssieren, muss nicht nur wissen, warum relevante gesellschaftliche Segmente sie wählen, sondern auch, wie es um die parteipolitische Konkurrenzsituation, Krisenmomente, die Attraktivität der Konkurrenzparteien und vieles andere mehr bestellt ist. Eine Revue der Forschung fördert (auf einer abstrakten Ebene) recht ähnliche Erklärungsmuster – linksextreme Parteien profitieren *cum grano salis* eher von sozioökonomischen Krisenperzeptionen²⁷, rechtsextreme hingegen von soziokulturellen Bedrohungsszenarien – und unentdecktes Terrain zutage. Über die Gelegenheitsfenster islamistischer Formationen ist nahezu nichts bekannt; überhaupt fristen außereuropäische Parteien ein Schattendasein in der Forschung.

Die folgenden fünf Kapitel sind unterschiedlichen extremistischen Formen im Deutschland der Gegenwart und Vergangenheit gewidmet, nicht nur zum Rechts- und Linksextremismus, sondern auch zum islamistischen Fundamentalismus. Der Terrorismus von links und rechts in der zweiten deutschen Demokratie kommt ebenso zur Sprache wie der politische Extremismus in der Weimarer Republik: Ohne diese schmerzvollen Erfahrungen sind viele gegenwärtige Ent-

26 Vgl. Lazaros Miliopoulos, Die Geschichte des Extremismus in Deutschland 1949–1990, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 24, Baden-Baden 2012, S. 42–71; ders., *Parteiförmiger und subkultureller Extremismus seit der deutschen Einheit – Symmetrien und Asymmetrien*, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven*, Baden-Baden 2013, S. 371–396.

27 Vgl. Tom Mannewitz, *Linksextremistische Parteien in Europa nach 1990. Ursachen für Wahlerfolge und -misserfolge*, Baden-Baden 2012.

wicklungen, sowohl auf extremistischer als auch auf demokratischer Seite, kaum angemessen zu verstehen.

Den „Aufschlag“ macht Armin Pfahl-Traughber. Der Extremismusforscher der Hochschule des Bundes, der nicht nur zum Rechtsextremismus unaufhörlich publiziert²⁸, zeichnet die Linien des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nach. Einer ideologischen Typologie schließt sich eine historische Einordnung an, die beim (zunächst regionalen) Erfolg der SRP und ihrem Verbot Anfang der 1950er Jahre ansetzt, das auf dem Fuße folgte. Bei diesem historischen Parforceritt durch sieben Dekaden treten neben der anhaltend hohen Gewaltbereitschaft, die über einige Jahrzehnte teilweise bis in den Terrorismus hineinreichte, massive Revierkämpfe am rechten Rand zutage. *Ein* Ausdruck davon war der unerbittliche Wettbewerb um Wähler zwischen REP, DVU und NPD, den letztgenannte für sich entscheiden konnte, wiewohl auf bescheidenem Niveau. „Wie gewonnen, so zerronnen“, ließe sich mit Blick auf die Aussichten der „Nationaldemokraten“ im Jahr 2017 sagen, denn trotz zweier nicht-verlorener Verbotsprozesse (2003 und 2017) wollen Union und SPD die NPD von der Parteienfinanzierung ausschließen, blickt diese ihrem Niedergang entgegen. Ohnehin dürfte die von der Gewaltbereitschaft subkultureller wie NS-affiner Rechtsextremer ausgehende Gefahr für die innere Sicherheit größer sein, als es die der isolierten NPD mit Blick auf die Demokratie je war und ist.

Der Beitrag des Politikwissenschaftlers Jürgen P. Lang, in München leitender Redakteur beim Bayerischen Rundfunk und Linksextremismusexperte²⁹, folgt demselben Aufbau wie der zum Rechtsextremismus. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass die Ausführungen zumal zu den ideologischen Großfamilien höchst unterschiedlich geraten. Jürgen P. Lang stellt den Marxismus-Leninismus, den Trotzismus, den Maoismus, den Reformkommunismus, den Anarchismus sowie den Gegensatz zwischen Antideutschen und Antiimperialisten heraus. Unter Rückgriff auf die historischen Vorläufer und Repräsentanten der kommunistischen Ideologie zeichnet sich sodann die Genese des Kommunismus in der Bundesrepublik und der DDR ab, wobei unter den Parteien aufgrund ihres Einflusses die PDS/Linke hervorstechen muss. Nicht unerwähnt bleiben die zahlreichen K-Gruppen, die in den 1980er Jahren so rasch wieder von der Bildfläche verschwanden, wie sie in den frühen 1970er Jahren aufgetaucht waren, sowie ihre im aktionsförmigen Linksextremismus bis heute wirkmächtigsten Nachfahren: die Autonomen, die im Gegensatz zu den K-Gruppen Gewalt nicht nur propagieren, sondern auch praktizieren.

Gänzlich anders stellen sich Genese und aktuelle Situation des Islamismus in Deutschland dar: Er kann hier, so der Göttinger Politik- und Islamwissenschaftler³⁰ Thorsten Hasche, an keine langjährige Tradition anknüpfen (wie der Links- und der Rechtsextremismus), wurde gleichsam im Zuge der weltweiten Globalisierung und Migration in den letzten Jahren „importiert“. Paradoxe Weise geht von ihm – besonders seiner sunnitischen Variante – derzeit dennoch die

28 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 4. Aufl., München 2006; ders., *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998.

29 Vgl. Jürgen P. Lang, *Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung*, Baden-Baden 2003; Eckhard Jesse/ders., *DIE LINKE – eine gescheiterte Partei?*, München 2012.

30 Vgl. Thorsten Hasche, *Quo vadis, politischer Islam? AKP, al-Qaida und Muslimbruderschaft in systemtheoretischer Perspektive*, Bielefeld 2015.

größte Gefährdung für die innere Sicherheit (nicht für die Demokratie) aus, und zwar vor allem aufgrund der zunehmenden Zahl terroristischer Anschläge durch djihadistische Gruppierungen wie Al-Qaida und den Islamischen Staat. Hinzu kommen institutionell agierende Gruppierungen wie die Ableger der Muslimbruderschaft und Milli Görüs, die einerseits offensiv für die Anerkennung der Belange von Muslimen im öffentlichen Leben werben, andererseits nicht immer auf dem Boden der konstitutionellen Demokratie stehen. Und obwohl der Islamismus nicht in Deutschland wurzeln mag, zeigen der historische Exkurs in Thorsten Hasches Kapitel wie der Blick auf individuelle Radikalisierungsverläufe das Phänomen des „hausgemachten“ Problems: Der westliche Kolonialismus der Vergangenheit nährt bis heute Gefühle der Zurückstellung und Demütigung bei vielen Muslimen. Zugleich steigt die Relevanz des „home-grown terrorism“ durch „autochthone“ Konvertiten.

Nicht zuletzt wegen der gewachsenen Bedeutung terroristischer Gefahren kommt ein Handbuch zur Extremismusforschung ohne ein eigenes Kapitel zum Terrorismus in Deutschland nicht aus. Das liefert der Regensburger Politikwissenschaftler und Terrorismusforscher Alexander Straßner. Seine Porträts umfassen am linken Rand die lange Zeit stilbildende Rote Armee Fraktion, die Bewegung 2. Juni, die Revolutionären Zellen – allesamt eher von historischer Relevanz. Der rechte Rand erlebte kein Initiationsdatum wie der linke mit dem 13. Mai 1970, sondern etablierte sich nur mühsam – zunächst noch in Gestalt von Personen etwa im Umfeld der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, später in der professionalisierten Hepp/Kexel-Gruppe und schließlich dem „Nationalsozialistischen Untergrund“. Dabei reagierte der Staat, gestützt auf gesellschaftliche Akzeptanz, auf alle diese links- und rechtsterroristischen Herausforderungen entschlossen – wenngleich in unterschiedlicher Art und Intensität. Davon zeugen beispielsweise die Gründung der GSG 9 infolge der Geiselnahme in München 1972, die 1989 eingeführte Kronzeugenregelung, die „Kinkel-Initiative“ des damaligen Justizministers Anfang der 1990er Jahre. Allerdings gab es auch staatliche Überreaktionen.

Den Deutschlandfokus weitet der Beitrag des jetzt an der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg lehrenden Politikwissenschaftlers Tom Thieme, der zu allen Facetten des Extremismus veröffentlicht.³¹ Die Rahmenbedingungen für den politischen Extremismus der Gegenwart könnten innerhalb Europas unterschiedlicher nicht ausfallen. „Alten“ Demokratien (u. a. Belgien, Schweden, Schweiz) stehen „junge“ (vor allem Osteuropa) gegenüber, „zufriedenen Demokraten“ (z. B. Skandinavien) die „unzufriedenen (u. a. „PIGS-Staaten“), und wehrhaften Verfassungen (Deutschland, Tschechien und Bulgarien etwa) nicht-streitbare (Belgien, Irland, Luxemburg). Unabhängig davon: Der parteiförmige Rechtsextremismus ist trotz der höheren gesellschaftlichen Abwehrhaltung im Westen Europas insgesamt und konstant stärker als im Osten, vermutlich aufgrund der höheren Professionalisierung und der geringeren Wählervolatilität. Zugleich ist im Westen auch der Linksextremismus stärker in den Parteiensystemen verankert – wohl einerseits wegen der legitimierenden Kraft der Widerstandsvergangenheit in den nationalistischen Diktaturen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, andererseits wegen der Diskreditierung des Kommunismus im postkommunistischen Raum. Was den Islamismus

31 Vgl. Tom Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Osteuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007; Jesse/ders. (Anm. 9).

angeht, so spielt dieser politisch in kaum einem Land eine Rolle, er gefährdet jedoch durch Anschläge Leib und Leben in zunehmendem Maße.

Eine Vielzahl erfolgreicher anti- oder semidemokratischer Parteien sitzt außerhalb Europas an den Hebeln der Macht – vor allem in Lateinamerika, Asien und Afrika. Jüngere Beispiele wie Venezuela führen vor Augen, wie derartige Parteien die Transformationen politischer Systeme induzieren. Dem tragen die verschiedenen theoretischen Stränge der Transformationsforschung in unterschiedlichem Maße Rechnung, wie Rolf Frankenberger belegt. Nach dem Tübinger Politikwissenschaftler, der zu autoritären Staaten vielfältig publiziert³², räumen vor allem system- und kulturtheoretische, aber auch akteurszentrierte Ansätze extremistischen Akteuren in ihren Modellen größeren Platz ein. Das ist insofern erfreulich, als Extremisten in Zeiten von „critical junctures“ nicht immer dieselbe Rolle spielen: Sie können innerhalb einer Diktatur lediglich die Ablösung (und Ersetzung) der herrschenden Klasse provozieren (z. B. Ersetzung Anwar al Sadats durch Hosni Mubarak in Ägypten 1981), in diesem Zug die „Spielregeln“ des Systems ändern, ohne aber das Land zu demokratisieren (Ablösung des persischen Schahs durch Ruhollah Chomeini 1979) oder die Demokratisierung – letztlich erfolglos – zu verhindern suchen (z. B. Deutschland 1945). Wie ein Blick in die Vergangenheit belegt, kommen nicht-demokratische Systeme häufiger durch antidemokratische Systeme zu Fall, nicht durch demokratische. Die Chancen zur Demokratisierung sind in Militärdiktaturen am höchsten, bei personalistischen Regimen hingegen am geringsten.

Den Blick in die – vergangene – Empirie leitet der Mainzer Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter ein, der sich nicht nur durch sein Werk „Hitlers Wähler“ einen Namen als Extremismus- und Wahlforscher gemacht hat.³³ Die erste Demokratie auf deutschem Boden wurde zwischen den politischen Extremen wie zwischen zwei „Mühlsteinen“ zerrieben. Gleichwohl: Allein NSDAP und KPD sowie deren (Helfers-)Helfern den „schwarzen Peter“ zuzuschieben, zeugte von historischer Blindheit. Die instabile Verfassungsstruktur, der Argwohn Hindenburgs (und mit ihm eines Großteils der politischen Elite) gegenüber Konstitutionalismus, Republikanismus und Demokratie, die Weltwirtschaftskrise ab 1929 sowie schließlich das schwere Erbe des Ersten Weltkriegs mitsamt seinem nicht nur von Rechtsextremen als „Schandfrieden“ gebrandmarkten Versailler Vertrag trugen ihr Scherflein zum Zusammenbruch der Weimarer Republik bei, um wichtige Faktoren des Demokratiezusammenbruchs zu nennen. Die erste deutsche Demokratie war eine „Demokratie ohne Demokraten“. Bereits bei der ersten Reichstagswahl 1920 verloren die Parteien der „Weimarer Koalition“ (SPD, Zentrum, DDP) ihre Mehrheit – und sie erlangten sie nicht mehr wieder.

32 Vgl. Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autoritarismusforschung*, Baden-Baden 2010.

33 Vgl. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1993; ders., *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinten Deutschland*, München 1994; ders./Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1996; ders. (Hrsg.), *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt a. M. 2016.

Der Pariser Historiker Stéphane Courtois, ein bekannter Kommunismusforscher³⁴, und der Hamburger Historiker Bernd Jürgen Wendt, ein nicht minder bekannter NS-Forscher³⁵, werfen anschließend einen ausführlichen Blick auf jene Repräsentanten des machtförmigen Links- und Rechtsextremismus, die nicht nur die Mehrheit bisheriger Regime – mit Blick auf die Todesopfer, die Herrschaftsreichweite und -intensität – in den Schatten stellten, sondern auch für einen Teil der antidemokratischen Strömungen im Nachgang anschlussfähig blieben und insofern einen langjährigen Identifikationskern und Bezugspunkt des Links- und des Rechtsextremismus schufen. Während Courtois sich aufgrund seiner vor allem in den späten 1990er Jahren zu einiger Resonanz führenden Forschungen für eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Leninismus, seinen Ursprüngen und seinen Auswirkungen in der Sowjetunion empfahl, prädestinierten Bernd Jürgen Wendts Studien ihn für einen Blick auf die Kristallisationspunkte NS-Deutschlands. Beide Darstellungen sind eher essayistisch gehalten.

Das Werk setzt einen Schwerpunkt auf den Extremismus in Deutschland, ohne die Extremisten in Europa zu vernachlässigen. Die Extremismusforschung ist ein Zweig der Vergleichenden Politikwissenschaft.³⁶ Den Herausgebern war an einem möglichst einheitlichen Aufbau der Kapitel gelegen, sofern sich dies von der Sache her rechtfertigen ließ, damit eine bessere Vergleichbarkeit möglich ist. Der Band enthält am Ende ein Literaturverzeichnis, das nur selbstständig publizierte Titel versammelt. Die Leser mögen beurteilen, ob es gelungen ist, ein Handbuch vorzulegen, das einen instruktiven Überblick zur Thematik bietet und alle wesentlichen Facetten umfasst.

Die berühmte Skulptur „Jahrhundertschritt“ von Wolfgang Mattheuer, einem der führenden Repräsentanten der „Leipziger Schule“, findet sich auf dem Titelblatt. Das Kunstwerk von 1985 zeigt eine Person, deren lange rechte Hand den Hitlergruß zeigt und deren linke zur proletarischen Faust geballt ist. Der rechte Fuß ist weit nach vorn ausgestreckt, der linke Fuß nach hinten eingeknickt. Dadurch hat die monumentale Figur – mit winzigem Kopf – etwas Haltloses, bedingt dadurch, dass sie Gegensätzliches in sich vereinigt. Wohl kaum ein Kunstwerk symbolisiert so das zerrissene 20. Jahrhundert. Es war gekennzeichnet durch Feinde der Demokratie, die sich einig waren in dem, was sie nicht wollten, aber nicht einig in dem, was sie wollten. Gewiss, heute spielt der Kommunismus ebenso wenig eine tragende Rolle wie der Nationalsozialismus. Die Diskreditierung ist zu offensichtlich. Aber nach wie vor stellen Extremisten unterschiedlichster Couleur den demokratischen Verfassungsstaat in Frage.

34 Vgl. Courtois u. a. (Anm. 10); ders. (Hrsg.), *Das Handbuch des Kommunismus. Geschichte, Ideen, Köpfe*, München 2010.

35 Vgl. Bernd Jürgen Wendt, *Deutschland 1933–1945: Das „Dritte Reich“*. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995; ders., *Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes*, München 1987.

36 Vgl. Steffen Kailitz/Tom Mannewitz, *Extremismusforschung in der Vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Hans-Joachim Lauth/Marianne Kneuer/Gert Pickel (Hrsg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2016, S. 585–600.